



Hardthöhen- KURIER

DAS MAGAZIN FÜR SOLDATEN UND WEHRTECHNIK



41. Jahrgang - 10,30 €

www.hardthoehenkurier.de

HHK Ausgabe 1/2025

Aufklärung – Kernelement zur „Kriegstüchtigkeit“



3 Editorial

Politik

- 6 Weltraum als Chancenraum
Wachstumschancen für Wirtschaft, Sicherheit,
Forschung & Kooperation
- 10 Deutschlands Revolution für den Frieden
Sieben Impulse für ein verteidigungs-bereites
Deutschland

Bundeswehr

- 14 Ohne Sicherheit sind keine
Gestaltungsmöglichkeiten in anderen
Politikbereichen möglich!
Interview mit General Carsten Breuer,
Generalspekteur der Bundeswehr
- 19 Ein Jahr Veteranenbüro der Bundeswehr
Eine Erfolgsgeschichte für Deutschlands
Veteranen
- 20 Zehn Jahre Luftfahrtamt der Bundeswehr
Interview mit Generalmajor Dr. Jan Kuebart,
Amtschef Luftfahrtamt der Bundeswehr
- 24 Wargaming als Methode für Analyse,
Entscheidungsfindung und Forschung
- 28 Bereit für die Reserve!
- 41 Die erste Brigade Mittlere Kräfte
Panzerbrigade 21 „Lipperland“
- 44 Gemeinsam stark
AFCEA-Fachveranstaltung mit dem
Deutschen Heer
- 47 Maßstab im militärischen Lufttransport
Der Airbus A400M
- 51 Drohnen im Wandel der Zeit
VI. RotorDrone Forum imBückerburger
Hubschraubermuseum

Inserentenverzeichnis:

AFCEA Bonn e.V.	Seite	9
Diehl Defence GmbH & Co. KG,	Seite	33
Elbit Systems Deutschland GmbH & Co. KG,	Seite	35
Köhler/Mittler	Seite	U3
MBDA France	Seite	U2
Peli Products S.L.U.	Seite	39
Plath GmbH & Co.KG	Seite	U4



6. Generation: „Stellt China die Zukunft des Luftkrieges auf den Kopf?“ Seite 83

Schwerpunkt: Aufklärung

- 31 Domäne Aufklärung
Sachstand, materielle Ausplanung und Projekte
- 54 Das unsichtbare Gefecht
Die Rolle des Kommandos Aufklärung und
Wirkung im Cyber- und Informationsraum
- 60 Die Herzkammer der Rüstungskontrolle in Europa
Das Zentrum für Verifikationsaufgaben
der Bundeswehr



Interview mit
Brigadegeneral
Marco Eggert, Komman-
deur Panzerbrigade 21
„Lipperland“ – Seite 36



Interview mit
Brigadegeneral
Kay Brinkmann,
COS Eurocorps
Seite 79

Deutschlands Revolution für den Frieden

Sieben Impulse für ein verteidigungsbereites Deutschland

Von Wiebke Köhler, Geschäftsführerin, Autorin mit Schwerpunkt

Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Förderin der Streitkräfte

Noch ist es nicht so weit – doch genau das ist jetzt erforderlich: eine friedliche Revolution. Das Herumoptimieren am bestehenden Status quo der deutschen Verteidigungsbereitschaft reicht nicht mehr aus. Es braucht mehr, deutlich mehr, es braucht die Revolution des Systems Bundeswehr. Alles ist wichtig. Aber was ist am wichtigsten?

Die Regierung hat es nicht leicht: Klimakrise, marode Infrastruktur, drohende Massenarbeitslosigkeit, leere Rentenkassen, steigende Gesundheitskosten. Jeder spricht über diese Krisenthemen. Keiner spricht über deren Priorisierung. Obwohl jedem klar sein müsste, dass die derzeitigen Haushaltsmittel nicht ausreichen, um alles gleichzeitig anzuschieben. Meiner Überzeugung nach können nur zwei Themen ganz oben auf der Prioritätenliste stehen: erstens Sicherheit, die Basis von allem anderen. Denn wenn ein Staat die innere

wie äußere Sicherheit seiner Bürger nicht mehr gewährleisten kann, braucht sich niemand um weitere Kindergartenplätze Gedanken zu machen.

Bei der 24/7 laufenden Rüstungsmaschinerie Russlands könnte Russland bereits in drei Jahren so weit aufgerüstet haben, dass es NATO-Gebiet angreifen könnte. Bei dieser Gefahr muss alles für eine glaubwürdige Abschreckung getan werden. Heißt: Eine verantwortungsbewusste Bundesregierung muss sich vorrangig um diese akute Bedrohung kümmern – und nicht darum, dass Deutschland in 20 Jahren eventuell Klimaziele verfehlen könnte. Es gilt: Das Wichtigste zuerst.

Die zweite Priorität auf der Liste ...

... ist eine wachsende, stabile Wirtschaftsleistung. Stockt sie, kann sich kein Staat seine eigene Sicherheit leisten. Einige Stichworte: Bürokratieabbau, Reduktion der Abgaben- und Steuerlast, Innovationsförderung. Würde Sicherheit als Top-Priorität akzeptiert, müsste Deutschland entschlossen all das anpacken, was es im noch vorherrschenden Wohlfühlmodus bislang nicht angepackt hat. Deutschland müsste „All in!“ gehen, was für deutsche Verhältnisse wirklich revolutionär wäre. Mit welchem Ziel?

Das Ziel kann nur sein, die Bundeswehr verteidigungsbereit zu machen. Für eine glaubwürdige Abschreckung benötigen wir einsatzbereite, kaltstart- und durchhaltefähige Streitkräfte. Dafür braucht es einiges.

Erstens: Beschaffung

Das oberste Ziel ist die Vollaussattung und -ausrüstung sowohl der Soldaten als auch der Reserve mit Waffenträgern und Munition samt Nachschub von Ersatzteilen. Ein Blick in die Ukraine zeigt: Im Gefecht verschleiben die Waffensysteme, schnelle Vor-Ort-Reparatur ist notwendig und nur mit vorhandenen Ersatzteilen machbar. Wie kommt die Truppe zur Vollaussattung?

Mit einer deutlich beschleunigten Beschaffung. Zum Beispiel durch Einführung einer überjährigen Finanzplanung und einem stabilen Rüstungsplanungsprozess von sieben bis zehn Jahren. Kein Kaufmann baut eine Munitionsfabrik und stellt Personal auf Basis vager Zusagen ein. Die Industrie braucht Planungssicherheit, um notwendige Investitionen in Material, Rohstoffe und Personal tätigen zu können. Die Norweger wissen das. Sie haben einen Zwölfjahresplan. Warum wir nicht?



Eine weitere Verbesserung wäre, bestimmte Waffensysteme aus dem klassischen Beschaffungszyklus herauszunehmen und sie schlicht und schnell „von der Stange“ zu kaufen, zum Beispiel Drohnen. Wenn die Technologie der Drohnen sich rasend schnell weiterentwickelt und nach zwei Jahren bereits veraltet ist, mottet man sie ein und kauft neue. Dass man mit handelsüblich verfügbaren Drohnen sehr erfolgreich sein kann, belegt der Blick Richtung Osten.

Dritte Maßnahme zur Beschleunigung der Beschaffung: Weg mit zivilen Klauseln, die besagen, dass alles, was beschafft wird, auch allen Anforderungen des zivilen Lebens genügen muss, wie Umweltschutz und Arbeitssicherheit. Stichwort: Schützenpanzer Puma und Vorgabe von Feinstaubwerten aus verschossener Munition, die das Fruchtwasser von Schwangeren nicht beeinträchtigt. Wer denkt sich sowas aus?

Weitere Ideen: Ausnutzung des Tatbestands der „Nationalen Sicherheit“ i. S. v. Art. 346 Abs. 1b des Vertrages über die Arbeitsweise der EU, ein verkürzter Bewertungsprozess zur Umweltschutzprüfung und beschleunigte Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung von Personal in der Rüstungsindustrie.

und Munition für mindestens 30 Tage auf Stand-by. Das gab es im Kalten Krieg, heute nicht mehr. So ein Stand-by ist kostspielig, aber eben absolut notwendig.

Drittens: Personal

Deutschland braucht Truppe. Russland zum Beispiel hat seinen Krieg mit ungefähr 350.000 Soldaten begonnen; trotz der geschätzten 600.000 gefallenen oder verwundeten Soldaten beträgt die aktuelle Armeestärke über eine Million. Russland hat genügend Reservekräfte, um die Reihen wieder aufzufüllen. Durchhaltefähig ist eine Armee nur mit genügend aktiven Soldaten und einer großen Reserve.

Stand heute hat die Bundeswehr 182.000 Soldaten. Geplanter Aufwuchs bis 2031 beträgt 203.000. Allerdings wären damit die Zusagen an die NATO nicht erfüllt, die ein Kräftedispositiv von 240 bis 250.000 Soldaten erfordern. Im Oktober 2024 hat die NATO weitere Forderungen aufgestellt, was für Deutschland das Stellen von fünf bis sechs deutschen Kampfbrigaden bedeutet.

Mit diesen Kräften ergibt sich als Zielwert sogar 280.000 bis 290.000 Soldaten. Ein Delta von rund



©Bw/Marco Dorow

Ohne Material kein Üben, ohne Üben keine Kampfbereitschaft: Einheiten der 1. Panzerdivision während der Übungsserie „Grand Quadriga 2024“ in Litauen.

Zweitens: Combat Readiness

Die Einsatzfähigkeit der Truppe muss deutlich erhöht werden. Es braucht wieder einen Mobilmachungsplan wie im Kalten Krieg, der jedem Soldaten seinen Kriegsauftrag zuweist. Für die Kampftruppen ist das klar, aber wo müsste sich der Student an der Bundeswehruniversität im Fall X melden? Das ist bisher nicht ausgeplant.

Die Einsatzfähigkeit verbessern würden auch regelmäßige Großübungen als eine Art Stresstest für das Einüben von Taktiken, Abläufen und Waffensystemen. Daneben muss die konventionelle Durchhaltefähigkeit gestärkt werden: die Vorratshaltung von Truppe mit dem nötigen Material, Waffenträgern

100.000 Soldaten. Für die Durchhaltefähigkeit in einem möglicherweise mehrere Jahre dauernden Kriegsfall wäre selbst das zu wenig. Von einsatzerfahrenen Generalen ist daher zu vernehmen, die Truppenstärke müsste auf 370.000 Soldaten erhöht werden. Das Maximale der in den 2+4-Verträgen vereinbarten Stärke. Eine Riesenlücke zum Ist.

Keiner, der die Demografie kennt, kann diese Lücke füllen. Das geht nur mit der Einführung einer Dienstpflicht, einem verpflichtenden Jahr für Mann und Frau. Alles andere ist beim Postulat der Gleichberechtigung nicht vermittelbar. Artikel 12a GG müsste dafür geändert werden – mit einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag.



©Bw/Roland Alpers

Gelöbnisveranstaltung am Tag der Bundeswehr 2023 in Bruchsal.

Selbst wenn die Mehrheit zustande käme: Es fehlt für die Dienstpflcht an Ausrüstung, Ausbildung, Kasernen. Würde man diese in dem benötigten Umfang für die Ausbildung der Rekruten bereitstellen, würde darunter die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr stark leiden. Empfehlung: die Einführung der Dienstpflcht sukzessive durch fortlaufenden Aufbau der Infrastruktur und Ausrüstung vorantreiben und für Mehrheiten im Bundestag werben, während parallel dazu mit einem freiwilligen Basis-Wehrdienst von 10.000 Rekruten p. a. begonnen wird, sodass die Einsatzbereitschaft erhalten bleibt.

Die Reserve spielt bei alldem eine große Rolle. Derzeit gibt es 47.000 beordnete Reservisten auf 62.000 Dienstposten. Zum Erreichen des erklärten Zielniveaus von 260.000 Reservisten ist es ein weiter Weg. Dieser Aufwuchs wird mit der Grundbeorderung nicht erreichbar sein. Auch hier heißt die Lösung Dienstpflcht.

Viertens: Finanzen

Es wird erwartet, dass Trump auf dem NATO-Gipfel im Juni 2025 von allen NATO-Staaten drei Prozent vom BIP für Verteidigungsausgaben verlangen wird. Deutschland hat 2024 unter Einrechnung eines Teils des Sondervermögens gerade so das Zwei-Prozent-Ziel erreicht. Um das Ziel der Vollausrüstung und -ausrüstung zu erfüllen, müsste der Verteidigungshaushalt auf ca. 80 bis 100 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden. Woher das Geld nehmen?

Die Antwort erfordert eine Priorisierung der Ausgabeite. Wenn Sicherheit die höchste Priorität hat, müssen alle sonstigen Ausgaben auf ihre aktuelle Dringlichkeit überprüft, Projekte und Investitionen gegebenenfalls verschoben oder abgesagt werden. Reicht der so geschaffene Spielraum nicht aus, soll-

te man über einen Sicherheits-Solidaritätszuschlag nachdenken. Sicherheit gehört vor die haushälterische Klammer gezogen. Wenn Freiheit wirklich unser höchstes Gut ist, muss sie uns das wert sein. Revolutionär? Ja.

Fünftens: Strukturen und Mindset

Auch bei den Strukturen des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr sowie dem dort vorherrschenden Mindset (Stichwort: Justiziabilität) braucht es einen echten Wandel. Dafür sind einige große Strukturänderungen im Artikel 87b GG notwendig, zum Beispiel bei den Befugnissen des Generalinspektors oder der Anzahl und Aufhängung der Organisationsbereiche. Weiteres Beispiel: Die Liegenschaften und Infrastruktur – diese sind bislang in der Verantwortung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – sollten an die Bundeswehr übertragen werden.

Oder auch: die europäische Arbeitszeitverordnung. Gehört diese für den militärischen Bereich in diesen kritischen Zeiten nicht ausgesetzt? Wer es weniger revolutionär mag, der könnte statt Stundenabbau nur die Auszahlung zulassen. Noch besser: Ansammlung der Überstunden und gebündelter Abbau zum Dienstende als Urlaub. Alles besser, als keine Soldaten für Übungen zur Verfügung zu haben, weil sie Überstunden abbauen.

Thema Mindset: Es gibt innerhalb des Ministeriums 3.500 selbst gemachte Vorschriften über die gesetzlichen Vorschriften hinaus. Mit vielen davon lähmt sich das Ministerium selbst. Revolutionär wäre es, diese abzuschaffen und eine Beweislastumkehr vorzunehmen: Zum Erhalt der Vorschrift müsste eine kurz gefasste Begründung her. Damit würden vielleicht ein paar Vorschriften zurückkehren. Immer noch besser als 3.500, die jeden Vorgang aus Angst

vor Rechts- und Haftungsstreit abbremsen. Wenn Haftung wichtiger wird als die eigene Freiheit, wird Putins Verdikt verständlich, westliche Demokratien seien zu schwach, sich selbst zu verteidigen.

Sechstens: OPLAN Zivilverteidigung

Als Gegenstück zum OPLAN Deutschland (Operationsplan) sollte das BMI einen OPLAN Zivilverteidigung erstellen. Denn: Es gibt eine Rahmenrichtlinie für die Gesamtverteidigung, die jedoch nur im Spannungs- und Verteidigungsfall greift. Den haben wir (noch) nicht. Wir haben bislang (nur) die Krise, oder wie in der Bundeswehr häufig zu hören ist: „Wir befinden uns noch nicht im Krieg – aber schon lange nicht mehr im Frieden.“

Die Bundeswehr kann Deutschland nicht allein verteidigen. Dafür ist auch die zivile Seite notwendig. Die skandinavischen Länder betrachten diesen Ansatz in ihrem Total-Defence-Ansatz schon seit Längerem. Auch Deutschland muss nun für den derzeitigen Krisenfall Rechtssicherheit schaffen.

Vor allem aber braucht das Land den OPLAN, der Fragen beantwortet wie: Was tun für eine resiliente Verkehrsinfrastruktur? Wie können Drohnen abgewehrt werden? Über Bundeswehrkasernen kreisen vermehrt russische Spionagedrohnen. Und keiner weiß, wie man die runterkriegt. Die Bundeswehr hat die Mittel, darf im „Frieden“ aber nicht; die Polizei darf, hat aber die Mittel nicht. Oder sorgt sich, wem die Drohne auf den Kopf fallen könnte. So geht Abschreckung nicht.

Siebtens: Wehrhafte Gesellschaft

Auch hier lohnt der Blick nach Skandinavien. Im November erst verschickte der schwedische Staat an alle Haushalte eine Broschüre mit Angaben

darüber, was zu tun ist im Kriegs- oder Krisenfall: Lebensmittel bunkern, Vorräte an Kerzen und Batterien, Lage von Schutzräumen. Die Bedrohungsperzeption durch Russland ist der Bevölkerung ständig gegenwärtig.

Auch die Niederlande haben eine große Kampagne gestartet, mit der sie die Wehrhaftigkeit ihrer Bevölkerung stärken wollen. In Deutschland wännen sich viele immer noch im Normalzustand. Wenn Deutschland endlich mal vor die Bugwelle einer Krise kommen könnte, wäre das was? Revolutionär.

Mindestens angemessen wäre, wenn der Deutsche Bundestag eine Sicherheitswoche einführen würde. Oder wenn in Deutschland die charmante Idee aus Dänemark übernommen würde: Wear your uniform! Bei der Arbeit. An einem bestimmten Tag im Jahr. Als stolzer Reservist. Auch das fördert das Bewusstsein über die Streitkräfte und die Auseinandersetzung mit der Wehrhaftigkeit.

Gebot der Stunde

Das war nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was eine friedliche Revolution für mehr Sicherheit im Lande verändern müsste – sozusagen als Auftrag an die neue Regierung. Mit der gleichen revolutionären Konsequenz und Entschlossenheit müssten diese Maßnahmen organisiert und umgesetzt werden.

Zugegeben: Es sind einige dicke Bretter zu bohren. Konsequenz und Entschlossenheit, Organisation und Anpacken – das waren mal deutsche Tugenden. Mit der Betonung auf „waren“. Wo ist das hin? Vergessen, verdrängt, verleugnet. Aber nun müssen wir uns auf unsere Tugenden zurückbesinnen und tatkräftig anpacken. Staatsmännisch agieren. Für unser aller Sicherheit. Deutschland braucht eine Revolution für den Frieden.



©BfW/Marco Dorow

Wo geht's hin für die Bundeswehr? Soldaten der Luftlandebrigade 1 im Gefechtsübungszentrum des Heeres während der Übung „Kommet 2023“.